



CDU Thüringen | Landesgeschäftsstelle | Postfach 45 01 15 | 99051 Erfurt

Frau
Teresia Erdmann
Bündnis Rettet die Familie
Heidigweg 57a
63743 Aschaffenburg

Erfurt, 23. August 2019

Anfrage zu Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl 2019 in Thüringen

Sehr geehrte Frau Erdmann,

vielen Dank, dass Sie sich an die CDU Thüringen gewendet haben und uns um die Beantwortung der von Ihnen gesendeten Wahlprüfsteine gebeten haben.

Heute kann ich Ihnen die Antworten auf ihre Fragen zukommen lassen.

Ich muss aber darauf hinweisen, dass sich unser Wahlprogramm noch in der Erarbeitung befindet. Wir haben unseren Programmprozess langfristig und mit viel Bürgerbeteiligung angelegt.

Seit 2017 arbeitet unsere Programmkommission intensiv. Wir haben in den letzten beiden Monaten 4 Programmkonferenzen in Thüringen durchgeführt, in denen die Gäste die Möglichkeit hatten, ihre Ideen für unser Wahlprogramm einzubringen. Diese Möglichkeit besteht immer noch online auf unserer Homepage unter cdu-regierungsprogramm.de. Alle diese Ideen werden in die abschließende Beratung zum Programm einbezogen.

Unser Programm werden wir am 14. September 2019 auf unserem 35. Landesparteitag beschließen.

Deshalb bitte ich um Verständnis, dass die Beantwortung auf dem jetzigen Stand der Programmerarbeitung erfolgte.

Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Raymond Walk MdL
Generalsekretär
der CDU Thüringen

Postanschrift:
CDU Thüringen
Landesgeschäftsstelle
Postfach 45 01 15
99051 Erfurt

Hausadresse:
CDU Thüringen
Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

Telefon: 0361 3449 0
Telefax: 0361 3459 225
E-Mail: info@cdu-thueringen.de
Internet: cdu-thueringen.de

Bankverbindung:
Pax-Bank Erfurt
IBAN: DE37 3706 0193 5040 3020 10
BIC: GENODED1PAX

Generalsekretär



1. *Wie wollen Sie das Missverhältnis beenden, dass die Investitionen in Kinder (Erziehungsarbeit und Sachkosten) den Eltern abverlangt werden, aber deren Ertrag (Altersversorgung) fast ausschließlich an Erwerbsarbeit gebunden wird?*

Es ist der Verdienst der CDU im Bund, dass Eltern für ihre Kinder Erziehungszeiten auf die Rente angerechnet bekommen.

Nichtsdestoweniger gilt es Maßnahmen zu erüieren, um das in Teilen noch immer bestehende Ungleichgewicht abzumindern. Als Union haben wir uns stets für eine Entlastung von Familien, die Keimzelle unserer Gesellschaft sind, stark gemacht. Dies wollen wir auf Landesebene unter anderem durch eine Absenkung der Grunderwerbssteuer – die von Rot-Rot-Grün auf 6,5 Prozent angehoben wurde – erreichen. Auch wollen wir besser über vorhandene familienpolitische Leistungen informieren, damit diese auch bei den Familien ankommen.

2. *Die gegenwärtige einseitige Finanzierung der Krippenbetreuung von Kleinkindern hat zu einer zusätzlichen Diskriminierung von Eltern geführt, die ihre Kinder selbst betreuen oder dies bei finanzieller Gleichstellung gerne tun würden. Was will Ihre Partei unternehmen, um dem vom Grundgesetz geforderten primären Erziehungsrecht der Eltern wieder Geltung zu verschaffen?*

Eltern haben das Recht und müssen die Freiheit haben, selbst zu entscheiden, wie sie ihre Kleinkinder betreuen und erziehen. Die Betreuung in Kinderkrippe und Kindergarten, durch Tagesmütter oder die häusliche Betreuung sind für uns gleichwertige Alternativen. Für uns ist es nur folgerichtig, auch diejenigen Familien zu unterstützen, die ihre kleinen Kinder in den ersten Lebensjahren zu Hause betreuen möchten und dafür beruflich kürzer treten. Das von uns eingeführte Erziehungsgeld, das Eltern unabhängig von deren Einkommen Beträge bis zu 300 Euro monatlich für die Dauer von maximal einem Jahr zusprach, hatte Rot-Rot-Grün im Jahr 2015 abgeschafft.

3. *Besonders deutlich werden die Strukturängel unseres Sozialsystems beim Elterngeldgesetz, das das Elterngeld als „Lohnersatz“ definiert und damit die Betreuung von Kleinkindern nicht als anzuerkennende Leistung bewertet, sondern auf eine Stufe mit Krankheit und Arbeitslosigkeit stellt. Durch diese Konstruktion werden ausgerechnet diejenigen Eltern benachteiligt, die das Geld besonders nötig brauchen, Junge, noch in Ausbildung oder im Berufseinstieg befindliche Eltern und Mehr-Kind-Eltern, die wegen der Betreuung älterer*



Kinder nicht oder weniger erwerbstätig waren, sind bis heute von dieser Fehlbewertung betroffen. Was will Ihre Partei für die grundsätzliche Anerkennung der Erziehungsarbeit in der Elternzeit tun?

Das Elterngeld ermöglicht es, dass junge Familien ohne finanzielle Nöte in ihr Familienleben hineinfließen und sich vorrangig der Betreuung ihrer Kinder widmen können. Wir halten das Elterngeld insoweit für einen Meilenstein in der Familienpolitik. Dennoch werden wir uns für eine Evaluation des Elterngeldes einsetzen und darauf hinwirken, dass der Erziehungsarbeit ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf das durch Rot-Rot-Grün abgeschaffte Erziehungsgeld.

4. Was wollen Sie tun, damit sich die Sozialpädagogik an den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie orientiert?

Wir werden darauf hinwirken, dass in der Aus- und Weiterbildung entsprechende wissenschaftliche Erkenntnisse stärker vermittelt werden. Bereits in der zu Ende gehenden Legislaturperiode haben wir uns erfolglos für eine Reform der Erzieherausbildung stark gemacht. An diesen Forderungen, die auch mit Auswirkungen auf die Ausbildung einhergehen, halten wir fest. Wir wollen das Beste für unsere Kinder und damit auch eine bestmögliche, wissenschaftliche Erkenntnisse einbeziehende, Ausbildung für unsere Erzieherinnen und Erzieher.